

Frankfurt will Wohnungen sichern

FRANKFURT Die Stadt Frankfurt hat in Aussicht gestellt, 15 Immobilien der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in Frankfurt, die diese veräußern will, zu erwerben und für die Mieter als bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Wie der hessische Wohnungsbauminister Kaweh Mansoori (SPD) mitteilte, ist das Land zwar Mitglied im Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt, hat aber keinen Einfluss auf den Immobilienverkauf. Um die betroffenen Mieter vor drastischen Mietsteigerungen zu schützen, habe Frankfurt deshalb den Kauf der Immobilien durch eine Wohnungsbaugesellschaft ins Spiel gebracht.

Dabei könnte es sich dem Vernehmen nach um die städtische Wohnungsbaugesellschaft, die ABG Holding, oder um genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften handeln.

Nach Angaben des Ministers ist von insgesamt 15 Immobilien mit mehreren Dutzend Wohnungen die Rede, die zum Verkauf stehen. Mansoori lobte die Handlungsbereitschaft Frankfurts. „Jede Wohnung zählt – besonders in einer angespannten Lage wie in Frankfurt.“ Es sei nicht akzeptabel, dass Mieterinnen und Mieter durch Verkaufspläne verunsichert würden.

Die Fraktion der Linken im Römer hatte schon vor Wochen vor dem Verkauf bezahlbarer Wohnungen durch die Versorgungsanstalt gewarnt. Wie die Linke mitteilt, handelt es sich um knapp 100 Wohnungen, die zum Verkauf stünden, darunter zahlreiche im Nordend wie etwa am Oeder Weg und an der Adlerfluchtstraße. mch.



Die aktuellsten Meldungen aus der Region auf www.faz.net/rmz

Ferien vom Krieg

Der Hochtaunuskreis hat Schüler aus der ukrainischen Partnerstadt Schowti Wody zu einer Sommerfreizeit eingeladen.

RHEIN-MAIN, SEITE 2

Fest der Liebe

Beim Christopher Street Day in Frankfurt demonstrieren Tausende für die Rechte queerer Menschen. Der Protest ist bunt, laut und kreativ.

DIE DREI, SEITE 3

Hilfe nach Hochwasser

Gegen Elementarschäden sollen sich künftig alle Hausbesitzer versichern müssen. Doch schon jetzt sollte niemand darauf verzichten.

VERBRAUCHER, SEITE 6

Reggae und Wüstenrock

Das Afrikanische Kulturfest verwandelt den Frankfurter Rebstockpark in einen Basar – mit Bühne für internationale Stars.

KULTUR, SEITE 10

Leserbriefe auf SEITE 5

Wetter

Wechselnd bis stark bewölkt, im Lauf des Tages immer öfter Schauer und einzelne Gewitter. Höchsttemperaturen um 26 Grad.

Temperaturen Samstag	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	17°	31°
Feldberg im Taunus	15°	25°

Niederschlag Samstag 0 bis 24 Uhr
Flughafen Frankfurt 0 mm

Magerer Trost

Nach der Abfahrt mit 62 Minuten Verspätung versucht der Schaffner zu beschwichtigen: „Der Zug gestern war noch später.“ aln.



Vom Bürokomplex zum Schulquartier: Die frühere Neue Börse in Frankfurt-Bockenheim

Foto Stefan Nieland

Weil zwei Schulformen um ein Gebäude konkurrieren, ist zwischen besorgten Eltern eines Gymnasiums und dem Frankfurter Bildungsdezernat ein heftiger Streit entbrannt. Es geht um die Frage, ob eine sanierungsbedürftige Berufsschule vom Schuljahr 2026/2027 an vorübergehend, also für die Dauer der Instandsetzung, in ein ehemaliges Bürogebäude ausgelagert werden kann, das schon zwei neue Gymnasien beherbergt.

Die Rede ist von der Neuen Börse in Bockenheim, die von der Stadt für 30 Jahre gemietet wurde, um dort zwei Gymnasien zu gründen und mehr Schulplätze in diesem Bildungsgang anbieten zu können. Seit einem Jahr sind die beiden Gymnasien – das Stadtgymnasium und das Neue Gymnasium – in Betrieb. Zunächst nutzten sie eine Containeranlage neben der Neuen Börse, doch zu Beginn des nächsten Schuljahres sollen die ersten Räume in dem Bürohaus bezogen werden, die mittlerweile für die Zwecke der Schulen hergerichtet wurden. Auf Dauer sollen die beiden Gymnasien mit zusammen 3200 Schülern das gesamte Gebäude füllen. Doch bisher gibt es nur jeweils einen Jahrgang – nach den Sommerferien wird der zweite eingeschult – und das Gebäude steht überwiegend leer.

Der frühere Verwaltungssitz der Deutschen Börse besteht aus acht Gebäuderiegeln und umfasst insgesamt 46.000 Quadratmeter. Weil die beiden neuen Gymnasien noch im Aufbau sind, wird zunächst nur ein Bruchteil der Fläche benötigt. Die Stadt hat allerdings das gesamte Gebäude gemietet – und zahlt dafür jedes Jahr 13 Millionen Euro. Daniel Brenner (Die Grünen) nannte es im Bildungsausschuss „ein Gebot der Wirtschaftlichkeit“, das Gebäude so effizient wie möglich zu nutzen.

Das hat Bildungsdezernentin Sylvia Weber (SPD) nun auch vor. Sie will für die Dauer von drei Jahren dort zusätzlich die Julius-Leber-Schule unterbringen, eine Berufsschule, die für Gesundheits- und Verkehrsberufe ausbildet und deren Stammhaus in der Innenstadt dringend saniert werden muss. Die Schule wurde 1956 errichtet, die Jahrzehnte sind nicht spurlos an dem Nachkriegsbau vorübergegangen. Der Brandschutz genügt nicht mehr modernen Anforderungen. Hinzu kommen Schadstoffe wie Asbest, mit denen das Gebäude belastet ist.

Das ist auch der Grund, warum der ursprüngliche Plan, die Berufsschule bei laufendem Betrieb zu sanieren, aufgegeben wurde. In letzter Minute stoppte Weber den Beginn der Arbeiten, denn der Protest der Schulgemeinde gegen Baulärm und Schadstoffe war groß. Deshalb soll die Schule nun für einen begrenzten Zeitraum komplett ausgelagert werden. Auf der Suche nach einem Interimskwartier fiel die Wahl auf die Neue Börse.

Doch dagegen wenden sich Eltern der beiden Gymnasien, die dort bereits ansässig sind, vor allem die des Stadtgymnasiums. Einige drohen der Stadt sogar mit rechtlichen Schritten. Die Eltern des Neuen Gymnasiums halten sich mit öffentlicher Kritik zurück. Der Elternbe-

Eltern haben Angst vor Berufsschülern

FRANKFURT Eine Berufsschule soll in das Gebäude von zwei Gymnasien ausgelagert werden. Das gefällt manchen Eltern nicht. Sie fürchten um das Wohl ihrer Kinder.

Von Rainer Schulze

rat des Stadtgymnasiums hat seine Bedenken aber schon im Bildungsausschuss und bei einer Demonstration vorgetragen. Er befürchtet, dass sich die Unterbringung der Berufsschule negativ auf das pädagogische Konzept des Gymnasiums auswirkt. Auch der Altersunterschied wird kritisch gesehen: „Junge Erwachsene haben ganz andere Themen als Kinder, die elf oder zwölf Jahre alt sind“, sagte der Vorsitzende des Elternbeirats, Taskin Tasan. Er bezweifelt auch, dass die Neue Börse groß genug sei für drei Schulen. Der Schulleiter des Stadtgymnasiums will sich auf Anfrage nicht äußern.

Eine Mutter am Stadtgymnasium hat nun eine Onlinepetition eröffnet, die innerhalb eines Monats 500 Unterstützer gefunden hat. Die Unterzeichner führen verschiedene Einwände ins Feld: Die Schulformen passen nicht zueinander, der Altersunterschied sei zu groß. Die pädagogische Arbeit könne leiden. Die Eltern schreiben, dass eine Schule ein „Schutzraum“ für die Kinder sein sollte. Erwachsene Berufsschüler könnten einen schlechten Einfluss auf die viel jüngeren Kinder im Gymnasium haben. Ein Unterstützer wird deutlicher: Er befürchtet, „dass die Gymnasien mit Alkohol, Drogen, Rauchen, Sex und anderen ‚erwachsenen‘ Verhaltensweisen viel zu früh in Kontakt kommen“. Jemand schreibt: „Hier wird die Sicherheit und Entwicklung unserer Kinder riskiert!“

Aber es gibt auch kritische Kommentare zu der Petition: „Auf die Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die hier so pauschal verurteilt werden, treffen die Kinder dann am Nachmittag in den verschiedenen Arztpraxen wieder. (...) Andere erklären ihnen die nächste Bahnreise oder bringen ihnen das Paket bis vor die Wohnungstür.“

Besorgte Eltern argumentieren jedoch, sie hätten gezielt eines der neuen Gymnasien ausgewählt, weil es noch im Aufbau und somit „übersichtlich für sensible

frei für die Berufsschule. „Ich glaube, es ist machbar. Für drei bis dreieinhalb Jahre geht das auf“, sagt Franke. Allerdings müsse die Stadt auch den Zeitplan einhalten: „Die Stadt muss ihre baulichen Versprechen einlösen, Termine einhalten und darf kein Vertrauen zerstören.“ Dass sich der Bau der Turnhalle verzögere, sei kein gutes Zeichen – „aber es gibt ja noch Hoffnung“.

Oliver Schulz leitet die Julius-Leber-Schule. Er respektiere die Sorgen von Eltern, die sich mit dem Berufsschulwesen nicht auskennen. „Aber ich habe kein Verständnis für eine Verunglimpfung und Diffamierung meiner Schülerinnen und Schüler“, sagt er auf Anfrage. Auch im Kollegium stoße eine derartige Vorverurteilung auf Unverständnis. „Wir werden falsch dargestellt. Mit Ausnahme des Neuen Gymnasiums hat uns niemand gefragt, wer wir überhaupt sind und was wir machen.“

Der Schulleiter hebt die Bedeutung der beruflichen Bildung für die gesamte Wirtschaft und das Gesundheitswesen hervor, auch angesichts des Fachkräftemangels. 72 Prozent seiner Schüler seien im Gesundheitswesen im Rhein-Main-Gebiet beschäftigt, zum Beispiel als medizinische Fachangestellte in Krankenhäusern und Arztpraxen. Die anderen Schüler arbeiteten in Verkehrsberufen, etwa bei der Deutschen Bahn und in großen Speditionen und Logistikunternehmen wie Schenker oder Lufthansa. „Ich möchte, dass unsere Berufsschüler als gleichwertiger, essenzieller Teil der Gesellschaft anerkannt werden, und nicht als Menschen zweiter Klasse. Wir sind ein ganz normaler Teil der Gesellschaft und stärken die Wirtschaft“, sagt Schulz.

Er hofft, dass die Schule zügig in die Neue Börse ausgelagert werden kann, und freut sich während dieser Übergangszeit auf ein gutes und konstruktives Miteinander mit den beiden Gymnasien. Die Sanierung der Julius-Leber-Schule sei längst überfällig. „Wir sitzen seit zwei Jahren auf gepackten Koffern.“

Die Julius-Leber-Schule hat 2700 Schüler. Der Großteil besucht die Schule wegen der dualen Ausbildung nur an zwei Tagen in der Woche. Schulz rechnet damit, dass täglich nur 900 bis 1100 Schüler in der Neuen Börse unterrichtet werden. Zumal die ehemalige Friedrich-Stoltze-Schule an der Seilerstraße bereits saniert werde und als neue Außenstelle früher fertiggestellt werden solle als das Hauptthaus. Schon zum Schuljahr 2027/2028 würden 500 Schüler die Neue Börse wieder verlassen und somit entlasten. „Eine Berufsschule wird im Wesentlichen nur in Teilzeit besucht. Wir sind täglich nur mit einem Bruchteil der Schülerinnen und Schüler dort“, sagt Schulz.

Das Bildungsdezernat will nach den Ferien verkünden, wie es an der Neuen Börse weitergeht. Bildungsdezernentin Weber ist überzeugt, dass das Bild, das einige besorgte Eltern von den Berufsschülern zeichneten, „fehl am Platz“ sei. „Es gibt keine Übergriffe und keinen Vandalismus an dieser Schule“, sagt sie. Eine vernünftige räumliche Lösung sei möglich.



Zusammenrücken, nicht spalten

Von Rainer Schulze

An ihrem festen Entschluss, notfalls bis zum Äußersten zu gehen, lassen manche Eltern am Frankfurter Stadtgymnasium keinen Zweifel. Sie wollen sogar Rechtsmittel einlegen, um zu verhindern, dass die Julius-Leber-Schule, eine Berufsschule, in das frühere Bürohaus Neue Börse ausgelagert wird, in dem ihre Kinder schon das Gymnasium besuchen. Sie argumentieren mit dem Kinderschutz – als gingen von den älteren Berufsschülern Gefahren für das seelische oder körperliche Wohl der jungen Gymnasiasten aus.

Die Julius-Leber-Berufsschule bildet Schüler aus, die zum größten Teil im Gesundheitswesen tätig sind. Viele Schülerinnen sind angehende Arzthelferinnen, die im Krankenhaus, beim Kinderarzt oder Zahnarzt einen wichtigen Dienst an der Gesellschaft erfüllen. Es sind Berufe, die in der Pandemie als „systemrelevant“ eingestuft wurden, weil sie das Gesundheitssystem und die Gesellschaft am Laufen halten.

Andere Schüler der Julius-Leber-Schule arbeiten im Verkehrswesen. Sie sorgen dafür, dass Logistikketten in der Wirtschaft zuverlässig funktionieren. Und dass die Pakete pünktlich und verlässlich auch bei jenen Kunden ankommen, die einmal ein Gymnasium besucht haben.

Es ist ungerecht, wenn manche Eltern ein negatives Bild von diesen Schülern zeichnen. Es ist unrealistisch, Fünft- und Sechstklässler vor den Themen des Älterwerdens behüten zu wollen. Es zeugt von Dünkel und Distinktionswahn, für die eigenen Kinder die besten Bildungsbedingungen zu fordern, sie anderen aber nicht zu gönnen. Und es zeugt auch von Egoismus und fehlender Rücksichtnahme, in einem Notfall nicht zusammenzurücken und eine Berufsschule für einen überschaubaren Zeitraum bei sich aufzunehmen, die dringend saniert werden muss.

Ein großer Teil der Neuen Börse wird in den nächsten Jahren noch leer stehen, weil die Gymnasien dort noch im Aufbau sind. Dennoch reklamieren einige Eltern das komplette Gebäude für ihre Kinder, obwohl die Stadt eine horrend hohe Miete zahlt. Diese Anspruchshaltung verkennt, dass es das Bildungssystem insgesamt schwächt, wenn die Stadt für die Berufsschule ein weiteres Interim anmieten müsste. Dann fehlt dieses Geld auch den neuen Gymnasien.

Es ist erfrischend, wie nüchtern und konstruktiv die beiden Schulleiter des Neuen Gymnasiums und der Julius-Leber-Schule in der Sache argumentieren. Sie werben um Verständnis füreinander und ein gutes Miteinander der Schulformen. Die Stadt muss nun dafür sorgen, dass die Unterbringung reibungslos läuft, die Bedürfnisse aller Schulen erfüllt und Termine eingehalten werden und dass das Wachstum der beiden Gymnasien nicht behindert wird. Nur so lassen sich die Bedenken beseitigen.

Bundeswehrgegner besprühen Bahn

FRANKFURT Unbekannte haben am Freitag in Frankfurt-Schwanheim eine Straßenbahn an der Weiterfahrt gehindert und sie großflächig mit roter Farbe besprüht. Grund war der Polizei zufolge offenbar eine auf dem Wagen angebrachte Werbung für die Bundeswehr. Nach den Angaben hatte die Straßenbahn kurz vor 11 Uhr an der Haltestelle Kiesschneise gehalten. Einer der Täter stellte einen Fuß in die Tür und verhinderte so die Weiterfahrt. Gleichzeitig traten auf der anderen Seite mehrere verummte Personen an die Bahn heran und besprühten sie. Anschließend flohen sie in Richtung einer benachbarten Kleingartenanlage. Die Polizei bittet Zeugen, sich zu melden. zos.